

ebbt — stabilisiert und weiter verstärkt werden können.

örtliche Lage berücksichtigen

Wie es der Politbürobeschuß vom 6. August 1963 verlangt, so steht auch in der Tätigkeit unseres Stützpunktes die systematische und zielstrebige Arbeit mit den Agitatoren im Vordergrund. Für ihre Anleitung ist der Stützpunktleiter verantwortlich. Das heißt jedoch nicht, daß nur er allein den Leitern der 32 Agitatorengruppen alle vierzehn Tage die neue Argumentation erläutert. Hiermit werden auch andere befähigte Parteimitglieder beauftragt.

In den bisherigen, zwei Anleitungen wurden mit den Agitatorengruppen und ihren Leitern folgende Probleme gründlich erörtert: die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland, die Entwicklung der Arbeiter- und Bauern-Macht und ihre politischen, ökonomischen sowie kulturellen Erfolge seit der voran gegangenen Volkskammerwahl und die Bedeutung des Moskauer Vertrages über die Einstellung der Atomwaffenversuche im Zusammenhang mit der Erklärung der Regierung der Sowjetunion über die Haltung der Regierung Chinas zu diesem Vertrag.

Dadurch beispielsweise konnte die Genossin Kleinung, die als Agitator in der Tasdorfer Straße arbeitet, einigen Bürgern, die die Verderber unserer Nation noch nicht klar erkannt hatten, zur richtigen politischen Erkenntnis verhelfen. Die Genossin wies nach, daß die Bonner Ultras nach wie vor unsere Republik schlucken, wollen; Grenzforderungen stellen, den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und alle Vorschläge zur Normalisierung der Lage hintertreiben, politische Morde gutheißen und immer wieder zu neuen Provokationen an unserer Staatsgrenze anstacheln. Die betreffenden Bürger wurden nachdenklich und sagten zur Genossin Kleinung: „Wir brauchen eben noch viel Aufklärung.“

Nicht immer geht es um große Politik. Bei der Anleitung der Agitatoren müssen auch die Hinweise und die Kritik der Bürger auf örtliche Mängel berücksichtigt

werden. Sie erhalten deshalb auch spezielle Hinweise. So die Genossen in der Deutschmeisterstraße. Direkt an dieser Straße, auf dem Gelände des Güterbahnhofes Lichtenberg, lagern seit dem Frühjahr große Mengen Braunkohle, die sehr viel Staub verursachen. Darüber und über den zusätzlichen Lärm durch die vielen Kohletransporte beschwerten sich die dortigen Bewohner bei der Reichsbahn und dem Handelskontor Kohle. Aber diese nahmen die Beschwerde nicht ernst. Die Genossen des Stützpunktes beauftragten die im WGA arbeitenden Genossen, dafür zu sorgen, daß die Reichsbahn und das Handelskontor Kohle vor der Bevölkerung Rechenschaft ablegen, warum sie bisher nicht reagierten und welche Lösung des Problems sie Vorschlägen. Das wurde den Agitatoren mitgeteilt, und diese konnten dadurch sofort einen guten Kontakt zu den Familien herstellen.

Ein Schwerpunkt in unserer Arbeit ist der Wohnbezirk 8. Der Stützpunkt leitet die Agitatoren aus diesem Bezirk, eine Gruppe aus dem Leitbetrieb und andere Genossen aus der Nachbar-WPO, die vorübergehend zur Hilfe eingesetzt wurden, direkt an; denn die Leitung der WPO ist zur Zeit noch nicht arbeitsfähig. Gleiches trifft auch für den Wohnbezirksausschuß der Nationalen Front zu. Eine FDJ- und DFD-Gruppe sind nicht vorhanden. Aber in diesem Bezirk wohnen etwa 2000 Bürger. Die Mehrzahl der Häuser ist sehr alt und erlitt obendrein erhebliche Kriegsschäden. Hieraus ist zu erklären, daß jährlich viele Wohnungsanträge gestellt werden.

Es ist verständlich, daß ohne Berücksichtigung dieser Lage jede Agitation wenig Gehör finden würde. Deshalb habender Stützpunktleiter und sein Aktiv gemeinsam mit der WPO 8 den Zustand gründlich analysiert und über den Wohnbezirksausschuß gesichert, daß die staatlichen Organe in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung die Veränderung der Wohnverhältnisse festlegen und zum Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes des Stadtbezirks machen. Darüber geben in einer Einwohnerversammlung des Wohnbezirkes der Leiter des Bauamtes und Vertreter anderer staatlicher Organe noch